

Antrag der Fraktion Nr.. 2018/051

Beratungsfolge - öffentlich -	Protok.- auszüge	Sitzung am	Beschluss- vorschlag	Änderung
Rat der Stadt Goslar		13.03.2018		

Betreff: Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der BÜRGERLISTE für Goslar und Vienenburg vom 01.03.2018: "Nein zum Neonazi-Aufmarsch am 2. Juni 2018 in Goslar"

Anlage/n:

Aufruf gegen den „TDDZ“ in Goslar – Goslars Zukunft bleibt bunt! Kein Platz für Rassismus!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit bitten die unterzeichnenden Fraktionen darum, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen.

Nein zum Neonazi-Aufmarsch am 2. Juni 2018 in Goslar

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Rat der Stadt Goslar verurteilt die Absicht militanter Neonazis am 2. Juni 2018 in Goslar einen Aufmarsch im Rahmen des sog. „Tages der deutschen Zukunft“ zu veranstalten. In einer weltoffenen, demokratischen und bunten Stadt Goslar ist kein Platz für Nazi-Propaganda.**
- 2. Der Rat bittet die Stadtverwaltung, alle Rechtsmittel auszuschöpfen, um den Neonazi-Aufmarsch am 2. Juni zu verhindern. Auf jeden Fall sind den Neonazis Auftritte an symbolträchtigen Stätten mit Bezug zum 3. Reich zu untersagen.**
- 3. Der Rat fordert alle gesellschaftlichen Gruppen der Stadt Goslar auf, den Aufruf des überparteilichen Goslarer Bündnisses gegen Rechtsextremismus „Goslars Zukunft bleibt bunt! Kein Platz für Rassismus!“ zu unterzeichnen und am 2. Juni in Form von vielfältigen und gewaltfreien Aktionen deutlich zu machen, dass Goslar weder jetzt noch in Zukunft ein Ort für Nazi-Veranstaltungen ist.**

Begründung:

Militante Neonazis wollen in Goslar den sog. „Tag der deutschen Zukunft“ veranstalten. Im Gegensatz zu den kleineren, meist von rechtsextremen Kleinstparteien angemeldeten Kundgebungen in der Vergangenheit, ist der sog. „Tag der deutschen Zukunft“ für die bundesweite rechte Szene - unabhängig ob parteizugehörig oder nicht –von großer Bedeutung.

Die Organisatoren lassen keine Zweifel daran, dass sie das demokratische System der Bundesrepublik ablehnen und in der Tradition der Nazi-Diktatur stehen. So erklärte der mehrfach wegen Volksverhetzung vorbestrafte Neonazi Dieter Riefling als einer der Mitorganisatoren: „Meine Partei ist seit 1945 verboten“.

Der sog. „Tag der deutschen Zukunft“ soll in Goslar zum 10. Mal stattfinden. Die bisherigen Teilnehmerzahlen schwankten zwischen ca. 170 (Pinneberg) und ca. 1.000 Neonazis (Dortmund). Aufgrund der bundesweiten Mobilisierung kann auch mit starken Gegendemonstrationen auswärtiger Gruppen gerechnet werden.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Veranstaltung geeignet ist, dem Ansehen der Stadt Goslar nachhaltig zu schaden. Es ist daher Aufgabe der Stadt und des Rates im Vorfeld alles zu unternehmen, um den Neonazi-Aufmarsch zu unterbinden. Soweit dies mit juristischen Mitteln nicht vollständig möglich sein sollte, sind auf jeden Fall Auftritte der Neonazis an symbolträchtigen Stätten des 3. Reiches auszuschließen

Exemplarisch seien hier genannt:

- Friedhof Hildesheimer Straße mit Darré-Grab
- ehem. Stadthalle als Veranstaltungsort der Reichbauerntage (Göring-Auftritt 1936)
- weite Teile der Altstadt mit Bezug auf den Hitler-Besuch 1934 mit Großkundgebung vor der Kaiserpfalz.

Darüber hinaus sind alle demokratischen gesellschaftlichen Gruppen der Stadt (Parteien, Verbände, Vereine, Wirtschaft, Gewerkschaften, Schulen usw.) aufgefordert, ein deutliches Zeichen gegen die Nazi-Ideologie zu setzen und mit der Unterzeichnung des Aufrufes des Goslarer Bündnisses gegen Rechtsextremismus deutlich zu machen, dass für die Verbreitung von menschenverachtendem und antidemokratischem Gedankengut in unserer Stadt weder jetzt noch in Zukunft Platz ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Urte Schwerdtner, Fraktionsvorsitzende SPD

gez. Sabine Seifarth, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

gez. Michael Ohse, Fraktionsvorsitzender Die Linke

gez. Henning Wehrmann, Fraktionsvorsitzender der Bürgerliste für Goslar und Vienenburg

Aufruf gegen den "TDDZ" in Goslar



Am Samstag, den 2. Juni 2018 planen Rechtsextreme im Rahmen des sogenannten „Tag der deutschen Zukunft – unser Signal gegen Überfremdung“ durch Goslar zu marschieren!

Dieser Tag wurde 2009 aus dem Kreis norddeutscher Neonazis um Dieter Riefling ins Leben gerufen. Der 49jährige Niedersachse versteht sich als „freier Aktivist“, der ohne eine feste Bindung an eine Vereinigung oder Partei im rechten Spektrum agiert. In einem Interview mit dem rechtsextremen Radiosender FSN begründete er seine Überparteilichkeit am 22. Mai 2017 mit folgenden Worten: „Wie heißt es immer so schön: Meine Partei ist seit 1945 verboten“.

Der Aufmarsch militanter Neonazis erfährt in Goslar seine zehnte Auflage, in den letzten Jahren in Karlsruhe und Dortmund haben 500-1000 Nazis teilgenommen. Durch rassistische Stimmungsmache und neonazistische Propaganda soll gegen Migrantinnen und Migranten und gegen Andersdenkende gehetzt werden.

Wir rufen für den 2. Juni zu friedlichen Gegenprotesten auf. Wir wollen in einer vielfältigen, weltoffenen und solidarischen Stadt leben. Wir wollen in einer Stadt leben, in der sich alle Menschen angstfrei bewegen können.

Deshalb müssen wir diesen Nazi-Aufmarsch verhindern. Gemeinsam stellen wir uns den Rassistinnen, Nazis und ihrer Menschenverachtung in den Weg!

Ziehen wir an einem Strang und erteilen Rassismus und allen anderen rechten Ideologien, die Menschen wegen ihrer Religion, wegen ihrer Hautfarbe oder wegen ihrer Meinung abwerten, eine klare Absage!

Beteiligen Sie sich, indem Sie unseren Aufruf unterzeichnen, indem Sie eine „Rote Karte“ gestalten und indem Sie am 2. Juni dabei sind, wenn ganz Goslar erklärt: Goslars Zukunft bleibt bunt – Kein Platz für Rassismus!



<https://www.goslar-gegen-rechtsextremismus.de>